

Behinderungs- und Verhinderungsstrategien

Rechtes Terrornetzwerk NSU - Versprechen nach rückhaltloser Aufklärung nicht erfüllt

Im Bundestag wurde am 29. Juni der Abschlussbericht des zweiten Untersuchungsausschusses zum rechten Terrornetzwerk NSU debatiert. Dazu erklärte Katharina König-Preuss, Obfrau der Linksfraction im Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ im Thüringer Landtag:

„Trotz engagierter Arbeit auch des zweiten Untersuchungsausschusses im Bund ist das Versprechen der Bundeskanzlerin Angela Merkel nach rückhaltloser Aufklärung nicht erfüllt. Dies liegt weniger am Ausschuss als an Behinderungs- und Verhinderungsstrategien der Bundesbehörden teilweise mit Unterstützung der Großen Koalition.“ Daher sei den Abgeordneten der LINKE-Fraktion im Untersuchungsausschuss zuzustimmen, die in ihrem Sondervotum vor allem das Prinzip „Quellenschutz vor Strafverfolgung“ sowie die Wagenburg-Mentalität – besonders des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Landesämter – für die Blockade einer umfassenden Aufklärung verantwortlich machen.

Gleichwohl seien durch den Untersuchungsausschuss wichtige Fakten aufgeklärt worden. „Die Untersuchung der Rolle des V-Mannes Ralf Marschner alias ‚Primus‘ war ein wichtiger Baustein bei der Widerlegung der Behauptung, der Verfassungsschutz habe keine Informationen zum NSU über seine Spitze gewonnen. Marschner gehörte sehr wahrscheinlich selbst zum engsten Unterstützerkreis“, so die Abgeordnete. Diesem Aufklärungskomplex habe auch die Anhörung des ehemaligen V-Mannes „Tarif“ gedient.

Allerdings müsse aus Sicht der in den Landesparlamenten aktiven Untersuchungsausschüsse die teils unsinnige parallele Untersuchung von Sachverhalten in den Ländern kritisiert werden. Sowohl der Themenkomplex Ei-

senach in Thüringen als auch zur Frühlingsstraße in Sachsen seien Gegenstand intensiver Untersuchungen durch die jeweiligen Landesuntersuchungsausschüsse gewesen.

„Mit der unnötigen Bearbeitung schon auf Länderebene untersuchter Themenkomplexe hat der Untersuchungsausschuss des Bundestages leider wertvolle Zeit verschwendet, die besser in die sorgfältigere Aufklärung

für das Bundesamt spitzelte und eng an das Umfeld des NSU-Kerntrios angebunden war. Dessen Agieren kann ähnlich wie das anderer V-Leute der Bundesbehörden nicht durch die Länderausschüsse überprüft werden. So blieben weiterhin große Lücken, die kaum durch die Aufklärung in den Ländern zu füllen seien.

Auch aus diesem Grund unterstützt Katharina König-Preuss explizit die For-



Katharina König-Preuss und Steffen Dittes, Ob-Leute der Linksfraction im NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag, vor einer Zeugenanhörung.

(Archivfoto)

von Vorgängen bei den Bundesbehörden verwendet worden wäre“, kommentiert Katharina König-Preuss.

Aufgrund der schon verzögerten Einsetzung habe dem Ausschuss nur wenig Zeit zur Verfügung gestanden, die besser für die Aufklärung der Vorgänge um V-Leute des Bundesamtes für Verfassungsschutz aber auch des Militärischen Abschirmdienstes verwendet worden wäre. Als Beispiel verwies die Abgeordnete auf den Fall des ehemaligen Blood&Honour-Chefs der deutschen Sektion, der zugleich als „Nias“

derung im Sondervotum der LINKE-Abgeordneten nach Einrichtung einer Enquete-Kommission „Rassismus“ sowie eines Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Geheimdienste“. „Die aktuellen Verfahren gegen rechtsterroristische Gruppen, wie in Freital oder gegen die ‚Old School Society‘, beweisen, wie notwendig die eingehende Befassung mit rechtsterroristischen Aktivitäten ist. Auch das ist eine Lehre aus dem NSU-Komplex“, unterstrich die Abgeordnete. ■

VON A BIS Z:

Offene WLAN-Netze

Mit der Änderung des Telemediengesetzes durch den Bundestag können nun endlich Betreiber frei zugänglicher WLAN-Netze aufatmen: „Der längst überfällige Schritt zur Rechtssicherheit bei Haftungsfragen durch die wirkliche Abschaffung der so genannten Störerhaftung holt nun hoffentlich auch Deutschland ins 21. Jahrhundert, was offene WLAN-Netze angeht. Nachdem dieser wichtige Schritt bis zuletzt an der CDU im Bundestag zu scheitern drohte, hat sich nun die Vernunft durchgesetzt und so können künftig Café-Betreiber, Freifunker und alle anderen, die ihr WLAN der Allgemeinheit zur Verfügung stellen wollen, nicht mehr mit Haftungsklagen überzogen werden“, sagte MdL Katharina König-Preuss.

„Mit der zu erwartenden deutlichen Zunahme öffentlicher Netze können auch Menschen am digitalen Fortschritt besser partizipieren, die wegen ihrer sozialen Situation ausgeschlossen waren. Ich freue mich auf eine Steigerung der Attraktivität der Thüringer Innenstädte mit möglichst flächendeckenden kostenfreien und offenen WLAN-Angeboten.“ Allerdings habe das Gesetz einen Wermutstropfen: „Unverständlich bleibt, dass Anbieter öffentlicher WLAN-Netze dazu verpflichtet werden sollen, Internetseiten mit illegalen Inhalten auf Aufforderung zu sperren. Dieses Mittel ist nachweislich untauglich, um entsprechende Inhalte zu bekämpfen, weshalb DIE LINKE auch weiterhin für das Prinzip ‚Löschen statt Sperren‘ plädiert.“ ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Im Gleichlauf mit den Schulferien befindet sich der Landtag in der parlamentarischen Sommerpause. Die nächsten Plenarsitzungen bis zum Jahresende finden statt in der Zeit vom 30. August bis 1. September, vom 27. bis 29. September, vom 1. bis 3. November und vom 12. bis 15. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraction melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraction immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de ■

Blindengeld

„Ich freue mich, dass blinde Menschen in Thüringen seit dem 1. Juli mehr Blindengeld erhalten“, sagte MdL Karola Stange. Die Landesregierung hatte im letzten Jahr den Weg für die schrittweise Erhöhung des Landesblindengeldes von 270 Euro auf 400 Euro monatlich frei gemacht. Im ersten Schritt wurde das Blindengeld rückwirkend zum 1. Juli 2016 auf 320 Euro angehoben; eine weitere Erhöhung erfolgte am 1. Juli 2017 auf 360 Euro und am 1. Juli 2018 auf 400 Euro. Taubblinde Menschen erhalten zusätzlich seit dem 1. Juli 2016 einen Nachteilsausgleich. „Die Anhebungen sind auch zur Umsetzung des UN-Abkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dringend geboten.“ ■

Zugausfälle

„Dass es in letzter Zeit im Saale-Thüringen-Südharz-Netz vermehrt zu ausgefallenen Fahrten gekommen ist, schadet dem Ansehen des öffentlichen Nahverkehrs“, sagte MdL Dr. Gudrun Lukin. Der Zugbetreiber „Abellio“ verwies auf Personalengpässen durch Urlaub und Krankheit sowie Baustellen im Netz. „Das ist ein Aspekt, die von ehemaligen Mitarbeitern geäußerten Vorwürfe ein anderer. Ihnen muss man entschieden nachgehen. Es kann nicht sein, dass die Mitarbeiter aufgrund von Sparmaßnahmen massiv Überstunden anhäufen müssen und dadurch Löcher in der Personaldecke gestopft werden. Wettbewerb auf der Schiene darf nicht zu Lasten der Angestellten und Fahrgäste gehen.“ ■

Kita-Betreuung

Zum 1. März wurden in Thüringen 94.242 Kinder in 1.319 Kindertageseinrichtungen bzw. von 335 Tagespflegepersonen betreut. Nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik war das gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 1.850 Kinder bzw. zwei Prozent. Im Alter unter drei Jahren waren 29.481 Kinder in einer Tagesbetreuung, darunter 1.182 Kinder bei einer Tagesmutter – ein Zuwachs von 2,7 Prozent. Die Zahl der betreuten Kinder, die das 1. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, ist mit 491 Kindern gegenüber dem Vorjahr um 10,7 Prozent gesunken, die Anzahl der betreuten Einjährigen stieg um 547 Kinder (4,6 Prozent) auf 12.317 Kinder und bei den 2-Jährigen war ein Anstieg um 1,7 Prozent. ■